

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Kreistagsvorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren,

die CDU-Kreistagsfraktion wird dem Antrag „Fortführung der Jugendsozialarbeit an Schulen“ der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen zustimmen.

Ogleich Punkt eins des Antrages einer Resolution nahe kommt, stimmen wir diesem Punkt ausdrücklich zu, da es unmittelbar um finanzielle Belange unseres Landkreises geht und es absolut wünschenswert ist, dass die übergeordneten Ebenen sich an der Finanzierung, der aus unserer Sicht sehr wichtigen Jugendsozialarbeit an Schulen, weiterhin beteiligen und sich nicht nur auf eine Anschubfinanzierung beschränken.

An der fachlichen Notwendigkeit von Jugendsozialarbeit an Schulen und besonders auch an Förderschulen konnte sich jede und jeder Kreistagsabgeordnete in den beiden schriftlichen Berichten zu diesem Thema in der aktuellen Ausschussarbeit überzeugen. Wir erhielten im Rahmen einer Arbeitskreissitzung von Herrn Weber weitere interessante und umfangreiche Einblicke in die Arbeit der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter z. B. anhand von Projekten an Förderschulen. Hierfür noch einmal vielen Dank an Frau Lück und Herrn Weber. Gerade bei der Zusammenarbeit der verschiedenen Träger, die die Sozialarbeit an Schulen finanzieren, gibt es unserer Auffassung nach, noch Möglichkeiten der Optimierung.

Wir wollen heute zunächst die Fortführung dieser vier Stellen prüfen lassen, denn wir alle wissen nicht, wie das Regierungspräsidium hierauf reagieren wird. Wir sind gespannt und erwartungsfroh, wie die Kreisspitze mit der Verwaltung die notwendigen Stellen schaffen wird. Wir sind daher sicher, dass bei den Haushaltsberatungen und dem dazugehörigen

Stellenplan spätestens die Ergebnisse des Prüfantrages in die Beratungen einfließen werden.

Da durch die vier Stellen, die im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes der Bundesregierung auf zwei Jahre befristet finanziert wurden, auch bereits vorhandene Stellen erhöht wurden, wäre der Wegfall ein absoluter Rückschritt. Teilweise war vorher an einzelnen Schulen lediglich eine 1/4-Stelle für die Schulsozialarbeit vorgesehen. Mit diesem geringen Zeitkontingent ist aus Sicht der CDU-Fraktion die sehr gute bisherige Arbeit auf Dauer nicht aufrechtzuerhalten und der präventive Gedanke der Jugendsozialarbeit an Schulen käme dabei eindeutig zu kurz. Neben der Prävention zählt auch die Intervention zum Aufgabenfeld der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter z. B. beim Thema Mobbing. Die Fortführung dieser Stellen hat neben dem Kreiseltererbeirat auch der Jugendhilfeausschuss befürwortet.

Folglich stimmen wir diesem Antrag gerne zu und freuen uns, wenn wir diesen heute einstimmig beschließen könnten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!